

Neuhausen, 15.09.2026

Zielrede
der Fraktion Initiative Grüne Liste zum Haushalt 2027
der Gemeinde Neuhausen auf den Fildern

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
liebe Neuhäuserinnen und Neuhäuser,

das Haushaltsaufstellungsverfahren 2027 setzt ein wichtiges Zeichen: Die Fraktionsanträge werden ohne nichtöffentliche Vorberatung am 13.10.2026 öffentlich im Gemeinderat beraten und beschlossen. Das stärkt Transparenz, Nachvollziehbarkeit und demokratische Beteiligung. Wir laden alle Neuhäuser:innen ein, diese Möglichkeit zu nutzen.

Unsere Leitlinie ist klar: Wir wollen ehrlich konsolidieren und finanziell verantwortungsvoll handeln. Zugleich darf Neuhausen nicht an den entscheidenden Zukunftsaufgaben sparen – nicht bei Klimaanpassung, nicht bei sozialer Fairness und nicht bei transparenten Entscheidungen.

Der finanzielle Spielraum ist weiter geschrumpft. Sinkende Gewerbesteuereinnahmen, gestiegene Personalkosten, höhere Abschreibungen und unsere Großprojekte wie das Bahnhofsareal verschärfen die Lage weiter.

Deshalb führt an Konsolidierung kein Weg vorbei.

In der Mai-Sitzung kündigte die Verwaltung an, auch bei den Personalkosten Einsparvorschläge zu erarbeiten. Wir erwarten, dass diese Vorschläge dem Gemeinderat noch in diesem Jahr vorgestellt werden.

Pflichtaufgaben von Bund und Land belasten die Kommunen erheblich, solange sie nicht ausreichend finanziert werden. Deshalb unterstützen wir die Forderung der kommunalen Spitzenverbände nach einer verlässlichen Ausstattung der Gemeinden.

Bis dahin müssen wir vor Ort Verantwortung übernehmen. Die bereits beschlossenen Einsparungen und Erhöhungen reichen nicht aus. Gleichzeitig dürfen Gebühren, Entgelte und Steuern nicht zur pauschalen Antwort auf jedes Haushaltsproblem werden.

Freiwillige Leistungen und Investitionen müssen wir klar priorisieren: nicht pauschal kürzen, sondern nach Wirkung, Zweckmäßigkeit und Nachhaltigkeit entscheiden.

Auch wir als Gemeinderat müssen uns konsequent fragen: Was ist rechtlich erforderlich? Was ist sachlich sinnvoll? Was macht Neuhausen zukunftsfähig? Und was kann warten?

Aus dieser Lage ergeben sich unsere Schwerpunkte – und der Anspruch, den wir an diesen Haushalt stellen.

Unser erster Schwerpunkt lautet: Auch bei knappen Mitteln darf es bei Zukunftsaufgaben keinen Stillstand geben.

Hitze, Trockenheit, Wasserknappheit, Waldbrandgefahr und überhitzte Gebäude sind keine abstrakten Zukunftsszenarien mehr. Sie betreffen unseren Alltag – und sie machen Klimaanpassung zu einer zentralen kommunalen Aufgabe.

Darauf müssen wir vorbereitet sein. Ein kommunales Klimaanpassungskonzept verbindet Hitzeschutz, Starkregenvorsorge, Trockenheitsvorsorge und klimaangepasste Ortsentwicklung zu einer gemeinsamen Strategie.

Deshalb beantragen wir:

Unter dem Produkt „Bevölkerungs- und Katastrophenschutz“ wird als operatives Ziel aufgenommen: „Erarbeitung eines kommunalen Klimaanpassungskonzepts einschließlich Hitzeaktionsplan, Starkregenvorsorge, Trockenheitsvorsorge und klimaangepasster Ortsentwicklung.“ Ziel ist eine belastbare Grundlage für priorisierte Maßnahmen, Fördermittel und den Schutz besonders betroffener Gruppen.

Neben diesem Konzept brauchen wir ein strukturiertes Vorgehen auf dem Weg zur Klimaneutralität. Das Projekt „Zukunftskommune“ unterstützt Kommunen dabei, Wärmeplanung, Energiemanagement und Förderprogramme zu bündeln.

Auch hierzu beantragen wir:

Die Verwaltung legt bis Sommer 2027 einen Bericht mit Entscheidungsvorschlag zur Teilnahme am Projekt „Zukunftskommune“ vor.

Strategien sind wichtig – aber die Menschen brauchen auch kurzfristig sichtbare und spürbare Hitzeschutzmaßnahmen.

Ein Trinkbrunnen ist am Schlossplatz vorgesehen, ein weiterer soll mit Fertigstellung des Bahnhofs entstehen. Aus unserer Sicht reicht das nicht aus.

Wir beantragen:

Die Verwaltung berichtet im 1. Quartal 2027 über Standorte, Kosten- und Fördermöglichkeiten weiterer Trinkbrunnen; der Gemeinderat entscheidet im 2. Quartal 2027 über die Umsetzung.

Stark versiegelte Flächen heizen sich besonders auf. Wo Entsiegelung oder Baumpflanzungen kurzfristig nicht möglich sind, sollten praktikable Alternativen geprüft werden.

Wir beantragen:

Die Verwaltung berichtet bis zum 2. Quartal 2027 über Standorte, Kosten und Fördermöglichkeiten weiterer Hitzeschutzmaßnahmen und zusätzlicher Bäume.

Vorhandene Bäume und Grünflächen leisten bereits heute einen wichtigen Beitrag für Klima, Artenvielfalt und Aufenthaltsqualität und brauchen deshalb verlässliche Pflege.

Wir beantragen:

Die Verwaltung startet ab Frühjahr 2027 Gießpatenschaften und koordiniert Standortliste, Werbung und Vergabe.

Schottergärten verschärfen Hitze, schaden der Artenvielfalt und widersprechen den gesetzlichen Vorgaben.

Wir beantragen:

Die Verwaltung kontrolliert ab 2027 Verstöße gegen das Schottergartenverbot und berichtet jährlich über Ergebnisse und Maßnahmen.

Unser zweiter Schwerpunkt lautet: Ein handlungsfähiges Neuhausen braucht gute öffentliche Infrastruktur, starke Bildung und eine Verwaltung, die ihre Aufgaben zuverlässig erfüllen kann.

Gerne nehmen wir auch zu den Vorschlägen der Verwaltung Stellung.

Die Verwaltung schlägt vor, weitere Maßnahmen zur Schaffung von Blühflächen im Ort umzusetzen. Dies befürworten wir ausdrücklich.

Wir beantragen:

Die Verwaltung berichtet im 1. Quartal 2027 über bestehende und geplante Blühflächen sowie die nächsten Umsetzungsschritte.

Auch eine Bürgerstiftung sollte nach ihrer Gründung nicht nur formal bestehen, sondern breit bekannt gemacht und aktiv begleitet werden – durch Ansprache möglicher Unterstützer:innen, Unternehmen und Institutionen.

Unter Produkt 21.11 Personal, Bereich Ausbildung, ist für 2027 bislang keine Maßnahme aufgeführt. Aus unserer Sicht sollte Neuhausen weiterhin selbst für den eigenen Bedarf ausbilden.

Wir beantragen:

Unter Produkt 21.11 wird für 2027 die Besetzung aller Ausbildungsstellen und die Ermöglichung von Praktika als Maßnahme aufgenommen.

Bei der Maßnahme -Weiterführung des "Runden Tisches" mit Schulen, Kitas, Verwaltung sowie Betreiber- zum Produkt 21.10., Schulen, halten wir die Beteiligung des Gemeinderates für sinnvoll, gerade mit Blick auf die Neuausschreibung des Essensanbieters im Jahr 2027

Wir beantragen:

Der Runde Tisch Schul- und Kitaessen wird ab Januar 2027 um Vertreter:innen des Gemeinderates ergänzt.

Zum Produkt Freibad, 42.40, schlägt die Verwaltung eine Prüfung der Eintrittspreise zur Saison 2027 vor. Wir werden einer weiteren Anhebung nicht zustimmen.

Zum Freibad ist darüber hinaus festzuhalten: Mit dem Beschluss zum Haushalt 2026 wurde die Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus Verwaltung, Gemeinderat und Förderverein beschlossen, die sich mit der Zukunftsfähigkeit des Freibads befassen soll. Dieser Beschluss ist bis heute nicht umgesetzt. Herr Bürgermeister Hacker, Sie haben diese Arbeitsgruppe bislang nicht einberufen. Das ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar. Beschlüsse des Gemeinderates sind keine unverbindlichen Empfehlungen, sondern von Ihnen umzusetzen. Wir erinnern Sie daher mit Nachdruck an Ihre Pflicht, Gemeinderatsbeschlüsse zu vollziehen, und fordern Sie auf, die Arbeitsgruppe noch in diesem Jahr verbindlich einzuberufen und arbeitsfähig zu machen.

Bei den Jahresabschlüssen ist die Gemeinde deutlich im Rückstand. Für eine wirklich belastbare Finanzplanung und mögliche Unterstützung aus dem Ausgleichstock des Landes sind aktuelle Abschlüsse zwingend erforderlich.

Wir erwarten daher, dass der Jahresabschluss 2023 noch in diesem Jahr und die weiteren Abschlüsse im Jahr 2027 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Auch beim Lärmaktionsplan braucht es Tempo: Da der Entwurf bereits vorliegt, erwarten wir die Beschlussvorlage noch in diesem Jahr.

Und schließlich müssen wir junge Menschen stärker beteiligen. Die Verwaltung und der Gemeinderat sollten im Rahmen der Demokratiebildung direkt in die Schulen gehen, ihre Arbeit vorstellen und für kommunalpolitisches Engagement werben.

Wir beantragen:

Die Verwaltung erarbeitet mit den Schulen bis Ende 2. Quartal 2027 ein Konzept zu einer Kooperation im Bereich Demokratiebildung zwischen Schulen, Verwaltung und Gemeinderat.

Unser dritter Schwerpunkt lautet: Transparenz und Effizienz sind keine Zusatzangebote. Sie sind Voraussetzung für Vertrauen – nach innen in die Verwaltung und nach außen gegenüber der Einwohnerschaft.

Herr Bürgermeister Hacker, Sie sprechen häufig von Effizienz. Dann sollten wir dort beginnen, wo Effizienz unmittelbar Wirkung entfalten kann: bei den Arbeitsabläufen im Büro des Bürgermeisters und bei der Erstellung von Niederschriften.

Wir beantragen:

Die Verwaltung legt im 1. Quartal 2027 die nötigen Hauptsatzungs- oder Geschäftsordnungsänderungen vor und führt „SpeechMind“ ab dem 3. Quartal 2027 ein.

„SpeechMind“ ist eine datenschutzkonforme KI-Anwendung, die bereits in Baden-Württemberg, z.B. in Deizisau, eingesetzt wird. Sie kann Sitzungen in strukturierte Protokolle umwandeln, die Protokollführung entlasten und Niederschriften schneller verfügbar machen.

Zur Effizienz gehört auch ein sinnvoller Einsatz von Personalkapazitäten. Herr Bürgermeister Hacker, wir bitten Sie, Tagesordnungspunkte, bei denen aus fachlichen Gründen Mitarbeitende anwesend sein müssen, an den Anfang der Tagesordnung zu stellen.

Wer sich informieren will, darf nicht lange suchen müssen. Informationen zur Arbeit des Gemeinderates und zu aktuellen Themen brauchen einen direkten, gut auffindbaren Zugang.

Wir beantragen:

Die Verwaltung verlinkt das Ratsinformationssystem dauerhaft gut sichtbar auf der Gemeinde-Homepage und informiert darüber im Amtsblatt.

Wir beantragen:

Die Verwaltung berichtet bis zur Sommerpause 2027 gebündelt über Glasfaserausbau, Feld- und Fahrradwegreinigung sowie den Schadensmelder.

Gut informierte Einwohner:innen sind entscheidend für das Funktionieren einer Kommune. Eine transparente Kommunikation und Information über Entscheidungsprozesse und Vorhaben erhöht das Verständnis für Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe.

Wir beantragen:

Die Verwaltung legt bis zur Sommerpause 2027 eine Änderung von § 28 Abs. 2a der Geschäftsordnung des Gemeinderats zur Einwohnerfragestunde zu Beginn jeder Sitzung vor.

Zur sozialen Fairness gehört außerdem, Betreuungsentgelte stärker an der Leistungsfähigkeit der Familien auszurichten.

Wir beantragen deshalb ab September 2027 einkommensabhängige Betreuungsentgelte.

Außerdem beantragen wir die Aufhebung des beschlossenen Automatismus und der zusätzlichen +0,5% bei der Erhöhung der Betreuungsentgelte.

Nach der Herbststeuerschätzung behalten wir uns vor weitere Anträge zu stellen.

Am Ende bleibt unser Ziel klar: ein Haushalt, der ehrlich konsolidiert, Zukunft nicht vertagt und Entscheidungen nachvollziehbar macht.

Daran messen wir diesen Haushalt. Daran messen wir die Beratungen. Und daran lassen wir uns selbst messen.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeitenden der Gemeinde, den Vereinen, Institutionen, Einrichtungen, Kirchen und allen Ehrenamtlichen für ihren wertvollen Einsatz für Neuhausen. Ich bedanke mich im Namen der Fraktion Initiative Grüne Liste für Ihre Aufmerksamkeit.